„Es reicht nicht aus, nur Informationen zu beschaffen“

Der Bundesnachrichtendienst soll in Zukunft mehr dürfen – etwa Krypto-Wallets feindlicher Agenten hacken. Kanzleramtschef Thorsten Frei verteidigt den Gesetzentwurf. Kann Sabotage Frieden bringen?

Von Felix Hackenbruch und Christopher Ziedler

Herr Frei, Sie sind der Chef des Bundeskanzleramtes und Minister für besondere Aufgaben. Welche besondere Aufgabe hatten Sie denn zuletzt?
Ein Großteil der Arbeit besteht aus besonderen Aufgaben. Am wichtigsten ist aber die Koordinierung der Kabinettsarbeit, so dass das Regieren möglichst effektiv und leistungsstark ist.

Es heißt, ein Kanzleramtschef sei dann erfolgreich, wenn er Koalitionskrisen verhindert. Gefühlt befindet sich die Regierung seit Tag eins in einer Dauerkrise, es gab Streit über die Richterwahl, Rente, Israel-Sanktionen, Stromsteuer, um nur einige Beispiele zu nennen ...
Die Fakten sprechen eine andere Sprache: In den vergangenen neun Monaten haben wir etwa 450 Vorhaben durchs Kabinett gebracht, davon 145 Gesetze. Da waren enorm große Vorhaben dabei, etwa der Investitionsbooster oder die Verschärfung der Migrationspolitik. Natürlich war es intern auch mal schwierig, etwa bei der Abschaffung des Bürgergelds. Aber durch viele Gespräche sind wir zu einer guten Reform gekommen.

Von der versprochenen Migrationswende ist mit der Reduzierung der Einreisen bislang nur der erste Teil erfüllt. Wann rechnen Sie mit der angekündigten Rückführungsoffensive und von welcher Größenordnung sprechen wir da?
Wir befinden uns inmitten der Rückführungsoffensive. Im vergangenen Jahr gab es etwa 22.800 Abschiebungen, und die Zahlen sollen weiter steigen. Hinzu kommen mehr als 16.000 sogenannte geförderte freiwillige Ausreisen. Insgesamt ist das ein beachtlicher Anstieg. Der Bundesinnenminister organisiert Rückführungen nach Afghanistan nicht mehr über die Vermittlung aus Doha, sondern direkt nach Kabul. Wir haben zudem das erste Mal seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges die ersten Straftäter zurück nach Syrien gebracht.
Das ist eine gänzlich andere Migrationspolitik, als wir sie bei der Ampel erlebt haben. Die GEAS-Reform ist kurz vor der finalen Lesung, zudem arbeiten wir auf europäischer Ebene an den Voraussetzungen für rechtssichere Drittstaatenmodelle. Das heißt: Deutschland sitzt nicht mehr im Bremserhäuschen der Migrationspolitik, sondern im Führerstand.

Immer, wenn in der Koalition etwas nicht so gut lief, fiel schnell der Name Thorsten Frei, der doch lieber die Regierungsgeschäfte koordinieren statt sie in Interviews erklären solle. Ist da was dran?
Die Koordinierung der Regierungsarbeit ist der zentrale Teil meiner Arbeit. Allerdings stelle ich fest, dass sich die Kritik häufig auch auf Sachverhalte jenseits der eigentlichen Regierungsarbeit bezieht.

Mitunter werden Sie in der Union als möglicher nächster Fraktionschef gehandelt. Würde Sie diese Aufgabe reizen?
Ich bin ein glücklicher Minister hier im Kanzleramt und möchte das für den Rest der Legislaturperiode bleiben.

Zu Ihren originären Zuständigkeiten gehört die Dienstaufsicht des BND und die Koordinierungen unserer Nachrichtendienste, die Ihnen immer dienstags über die Sicherheitslage berichten. Wie ernst ist sie?
Es gibt keinen Grund in Panik zu verfallen. Aber wir müssen die Lage wirklich ernst nehmen. Allein seit dem Jahreswechsel haben wir weitere massive Angriffe Russlands auf die Ukraine, die Proteste im Iran, die Situation in Venezuela und die Grönland-Krise erlebt. Die Außen- und Sicherheitspolitik verändert sich grundlegend und in atemberaubender Geschwindigkeit.
Wir haben darauf reagiert, indem wir die Schuldenbremse für die Bundeswehr ausgesetzt haben. Alles, was für unsere Sicherheit notwendig ist, werden wir tun, um die Zeitenwende auch im Detail durchzubuchstabieren.

Welche Erkenntnisse haben Sie über einen möglichen russischen Angriff?
Es ist offensichtlich, dass sich die Zeiten verändert haben. Wir müssen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen. Diesen Leitsatz des Kanzlers teile ich aus voller Überzeugung.

Schon einer Ihrer Vorgänger, Thomas de Maizière, hat eine ehrliche Antwort verweigert, weil dies die Bevölkerung verunsichern würde.

Wo liegt die richtige Balance

zwischen Angstmacherei und Sensibilisierung?
Wir sehen uns echten Gefahren ausgesetzt, deshalb ist es unser Ziel, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas weiterzuentwickeln. Das allein wird aber nicht ausreichen, unser Land ist tagtäglich hybriden Angriffen, Spionage und Sabotage ausgesetzt. Eine Zeitenwende ist daher auch mit Blick auf die nachrichtendienstliche Aufklärung erforderlich.
Das heißt konkret: Für unsere Nachrichtendienste muss die finanzielle, personelle und technische Ausstattung zügig weiter verbessert werden. Außerdem müssen wir den rechtlichen Instrumentenkasten so ausgestalten, dass unsere Dienste in der Lage sind, auf die neuen Herausforderungen angemessen zu reagieren.

Um in der Welt von heute bestehen zu können, soll nun aus dem reinen Nachrichtendienst BND ein echter Geheimdienst werden, der nicht mehr nur Informationen beschafft, sondern aktiv den Gegner schwächt. Bekommt Deutschland jetzt seinen eigenen James Bond?

Die Lage ist sehr ernst. Es geht darum, im Bereich der Aufklärung auf Augenhöhe mit unseren europäischen Partnern zu sein. Die Nachrichtendienste arbeiten weltweit zusammen und die einzige harte Währung, die zählt, sind Informationen. Wer relevante Informationen von anderen bekommen will, muss solche auch selbst bereitstellen.
Mittlerweile ist es hinreichend bekannt, dass viele Anschläge in Deutschland in den vergangenen Jahren nur aufgrund von Hinweisen anderer Dienste verhindert werden konnten. Das sollte uns zu denken geben.

Im Gesetzentwurf heißt es, der BND soll künftig Sabotage betreiben dürfen, um das eigene Land zu beschützen. Kann das wirklich dem Frieden helfen?
In einer Zeit, die immer bedrohlicher wird, können wir nicht bei der reinen Aufklärung stehen bleiben. Zum Schutz unseres Landes müssen wir unsere Dienste auch in die Lage versetzen, gewisse Operationen durchzuführen.

Das klingt jetzt aber schon nach 007.

Nein, es geht nicht um 007, sondern darum, dass wir etwa zur Abwehr von Drohnenangriffen aktiv Funkverbindungen stören. Auch beim Hacking brauchen unsere Dienste mehr Befugnisse, um zum Beispiel Krypto-Wallets von feindlichen Agenten auszuschalten, mit denen Morde oder Sabotageaktionen finanziert werden sollen. Es ist auch denkbar, dass wir auf ballistische Raketen, die uns gefährden, mit Cyberattacken reagieren müssen, um beispielsweise die Produktionsstätten zu stören. Wir leben in einer Welt vielfältiger Bedrohungen. Da reicht es nicht aus, nur Informationen zu beschaffen und zu bewerten und rein defensiv zu reagieren.

Bisher betont der BND stets, ein Nachrichtendienst zu sein, der nur Informationen sammelt. Künftig kann man ihn mit Fug und Recht Geheimdienst nennen, oder?
Die operativen Maßnahmen, die wir dem BND angesichts einer weiteren Zuspitzung der Bedrohungslage ermöglichen wollen, stellen eine qualitative Veränderung dar, das ist richtig.

Die strategische Überwachung des Internets soll ebenfalls intensiviert werden, eine Speicherung der Daten von bis zu sechs Monaten soll möglich sein, um sie weiter zu durchforsten. Muss der Datenschutz für mehr Sicherheit in einer unsicheren Welt weichen?
Wir haben bereits ein hervorragendes Niveau bei der technischen Aufklärung. Die Informationen, die wir gewinnen, müssen aber auch verarbeitet und verwertet werden. Bei Partnerdiensten ist das längst Usus. Dort gehen die Speicherfristen zum Teil weit über die von uns geforderten sechs bis zwölf Monate hinaus.

Sie sind selbst Jurist. Könnte nicht am Ende das Bundesverfassungsgericht Ihre Gesetzesnovelle kassieren, weil es die Gewichtung von persönlicher Freiheit und allgemeinem Sicherheitsinteresse zu sehr verschiebt?

Wir orientieren uns mit dem Gesetzentwurf natürlich an der aktuellen Rechtsprechung. Ich kann aber nicht ausschließen, dass wir mit dem neuen BND-Gesetz in Bereiche kommen, die verfassungsrechtlich noch nicht geregelt oder ausgeurteilt sind und bei denen wir Neuland betreten müssen.
Aus meiner Sicht muss die Abwägung zwischen Freiheits- und Sicherheitsinteressen auf der Grundlage der jeweiligen Bedrohungslage immer wieder neu vorgenommen werden. Und ich gehe davon aus, dass die Karlsruher Richter im Falle einer Klage das auch berücksichtigen würden. Im Übrigen kann es ohne Sicherheit keine Freiheit geben. Das sollten wir nie aus dem Blick verlieren.

Der persönliche Datenschutz soll gegenüber dem allgemeinen Sicherheitsbedürfnis zurückstehen?
Ich bin in der Tat der Meinung, dass das Verhältnis neu ausbalanciert werden muss – und zwar möglichst schnell.

Der Zeitdruck hängt auch damit zusammen, dass die Verlässlichkeit des Partners USA in Frage steht. Wie verletzlich wäre Deutschland, wenn die Vereinigten Staaten keine Geheimdienstinformationen mehr mit Deutschland teilen würden?
Nachrichtendienstlich gibt es eine funktionierende Partnerschaft, allerdings eine nicht ganz ebenbürtige. Die Aufgaben, die bei uns der BND erfüllt, leisten in den USA eine Vielzahl von Diensten. Diesen Behörden stehen Etats in völlig anderen Dimensionen zur Verfügung. Es darf niemanden wundern, wenn man sich dort fragt: Warum sollten wir diese Aufgabe für Euch übernehmen? Warum tut Ihr nicht mehr? Nur ein deutlich gestärkter BND bleibt ein attraktiver Partner für den Austausch von Informationen.

Und bis Deutschland nicht auf Augenhöhe agiert, kann die Bundesregierung die US-Politik etwa in Venezuela nur mit der Faust in der Tasche kommentieren?
Gerade die politischen Kräfte links von uns haben in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder eine klare außenpolitische Sprache gefordert. Aber: Wer hier A sagt, muss auch B sagen – und das neue BND-Gesetz unterstützen, damit wir aus eigener Stärke heraus agieren können. Seien wir ehrlich: Die Ratschläge der Europäer werden sicherlich eher Gehör finden, wenn wir in der Lage sind, auf unserem eigenen Kontinent für Sicherheit zu sorgen. Es wird Zeit, dass wir uns neu aufstellen.

Ein wichtiger Aspekt des neuen Gesetzes soll sein, dass die militärische Aufklärung der Bundeswehr in den BND integriert wird. Die kämpfende Truppe müsste im Zweifel jedes Mal erst nach Informationen fragen. Ist das in Zeiten geopolitischer Spannungen sinnvoll?

Wenn es so wäre, wie Ihre Frage das andeutet, wären die Zweifel tatsächlich berechtigt. Es wird aber definitiv keine Aufgabenverlagerung von der Bundeswehr zum Bundesnachrichtendienst geben. Unser Gesetzentwurf stellt lediglich klar, dass Informationen zwischen dem BND und dem Militär unproblematisch ausgetauscht werden können. Die Truppe wird wie bisher über ihre eigenen Aufklärungsmittel verfügen. Um es klar zu sagen: Deren Satelliten oder elektronischen Sensoren werden nicht dem BND unterstellt. In der Aufklärungspraxis der Bundeswehr ändert sich durch das Gesetz nichts.

Im Verteidigungsministerium wird dennoch die Sorge laut, künftig könne eine Gefahrenbeurteilung nur noch von BND-Quellen abhängen und gar nicht mehr von den militärischen Fakten, die die Bundeswehraufklärer sammeln. Alles übertrieben?

Nicht nur übertrieben, sondern falsch. An den Zuständigkeiten der Bundeswehr und des BND ändert das neue BND-Gesetz nichts. Die Bedarfe der Bundeswehr sollen vielmehr für den BND noch größere Bedeutung haben und deswegen der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit erleichtert werden. Das ist auch das Ziel des neuen Nationalen Sicherheitsrats, in dem die Fakten und Informationen zusammenfließen, die Auswärtiges Amt, Innenministerium, Verteidigungsressort oder Entwicklungsministerium sammeln. Wir wollen noch besser fundierte Entscheidungen treffen, die auf einem 360-Grad-Rundum-Blick beruhen sollen.

Wann soll denn das Gesetz in Kraft treten?

Den Kabinettsbeschluss zum BND-Gesetz streben wir so bald wie möglich an. Ziel ist, es bis Jahresende im Bundestag verabschiedet zu bekommen.

Das passt zum ausgerufenen „Reformjahr 2026“. Aber ist es nicht völlig illusorisch, derart große Reformprojekte innerhalb eines Jahres abzuschließen, wie das Friedrich Merz mindestens mit Bezug auf eine große Rentenreform angekündigt hat?

Nein. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, all die Reformen so schnell wie möglich umzusetzen, aber in jedem Fall in dieser Legislaturperiode. Bis zum Ende des Jahres werden wir die ersten großen Sozialreformen umgesetzt haben, und die Rente haben wir dabei priorisiert.

Klar ist aber auch, dass bis Dezember nicht alles fertig werden kann. Wir werden die anstehenden Reformen sicherlich aufteilen. Manche Kommissionsvorschläge sind sehr schnell umsetzbar, andere brauchen einen etwas längeren Vorlauf.

So schnell wie Ihre CDU gerade den Antrag der eigenen Mittelstandsvereinigung zur „Lifestyle-Teilzeit“ beerdigt hat, gibt es doch gewisse Zweifel, dass diese viel größeren Reformen einfach durchgesetzt werden können.

Dem Politikverständnis der CDU ist es völlig fremd, den Menschen sagen zu wollen, wie sie ihr Leben zu führen haben. Aber ich kann Ihnen versichern: Die CDU ist reformbereit.